

Mit Unterstützung von Land und Europäischer Union



Europäischer
Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des
ländlichen Raums:
Hier investiert Europa in
die ländlichen Gebiete.



Bekanntmachung

Stichtag für das 15. Auswahlverfahren im Rahmen der VHA 7.6.2

Die Sonderrichtlinie des Landes Burgenland zur Umsetzung von EU-Land-finanzierten Projektmaßnahmen im Rahmen des Österreichischen Programms für ländliche Entwicklung 2014-2022 sieht für die **Vorhabensart 7.6.2. – Umsetzung von Plänen zur Dorferneuerung und Gemeindeentwicklung** eine laufende Antragstellung vor. Die Auswahl der eingereichten Förderungsanträge erfolgt sodann in geblocktem Auswahlverfahren.

Das Amt der Bgld. Landesregierung - Abteilung 4 - Ländliche Entwicklung, Agrarwesen, Natur- und Klimaschutz, Hauptreferat Ländliche Entwicklung, Referat Dorfentwicklung gibt daher als Stichtag für eine Einbeziehung in das nächste Auswahlverfahren den

Freitag, den 08. April 2022 bekannt.

Für das 15. Auswahlverfahren wird in der VHA 7.6.2 ein Fördervolumen in Höhe von € 1.000.000,00 zur Verfügung gestellt.

Es können nur jene Förderungsanträge in das Auswahlverfahren einbezogen werden, die bis zum vorgegebenen Stichtag **vollständig** bei der zuständigen Bewilligenden Stelle im Amt der Bgld. Landesregierung - Abteilung 4 - Ländliche Entwicklung, Agrarwesen, Natur- und Klimaschutz, Hauptreferat Ländliche Entwicklung, Referat Dorfentwicklung eingelangt sind.

Amt der Burgenländischen Landesregierung

Abteilung 4 - Ländliche Entwicklung, Agrarwesen, Natur- und Klimaschutz

Referat Dorfentwicklung

Europastraße 1

7000 Eisenstadt

Tel.: +43 (0) 57 / 600-2656

Fax: +43 (0) 2682-2920

E-Mail: post.a4-dorfentwicklung@bgld.gv.at

Der Förderungsantrag sowie die beiliegenden oder nachgereichten Unterlagen sind nach Möglichkeit in Papierform einzureichen, wobei sämtliche Unterlagen auch in elektronischer Form (per E-Mail, gebrannte CD, USB-Stick) beizulegen sind.

Die Anträge werden in der Reihenfolge Ihres Einlangens bearbeitet.

Mit Unterstützung von Land und Europäischer Union



Europäischer
Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des
ländlichen Raums:
Hier investiert Europa in
die ländlichen Gebiete.



Die Bewilligende Stelle prüft die Förderungsanträge in der Reihenfolge ihres Einlangens auf Vollständigkeit und gibt die Möglichkeit der Nachreichung von fehlenden Angaben und Unterlagen innerhalb einer angemessenen Frist.

In das Auswahlverfahren können jedoch nur jene Förderungsanträge einbezogen werden, die bis zum genannten Stichtag vollständig vorliegen. Alle anderen Förderungsanträge werden nach entsprechender Vervollständigung in das nachfolgende Auswahlverfahren einbezogen, wobei Auswahlverfahren nur solange durchgeführt werden, solange eine budgetäre Bedeckung gegeben ist. Der anlässlich der Annahme des Förderungsantrags mitgeteilte Zeitpunkt der Kostenanerkennung bleibt aber gewahrt.

Die Vorhaben werden durch ein bundesweit angelegtes eindeutiges, transparentes und objektives Bewertungsschema anhand von Auswahlkriterien mit einem Punktesystem qualitativ und quantitativ beurteilt.

Die Auswahlkriterien, die für das Auswahlverfahren herangezogen werden, sind im Dokument „Auswahlverfahren und Auswahlkriterien für Projektmaßnahmen im Rahmen des österreichischen Programms für ländliche Entwicklung 2014-2020“, Version 13.0 beschrieben.

Folgende Unterlagen sind bis zum Stichtag vorzulegen:

1. Vollständig ausgefüllter Förderungsantrag und Verpflichtungserklärung (mit Unterschriften gemäß Bgld. GemO 2003, Vereinsstatuten, etc.)
2. Bestätigung Finanzamt (sofern nicht vorsteuerabzugsberechtigt)
3. Vorhabensdatenblatt vollständig ausgefüllt
 - genaue Beschreibung des Projektes u. a. in welcher Form die Maßnahmen allen OrtsbewohnerInnen zur Nutzung zur Verfügung stehen mit Bezug auf die Auswahlkriterien etc.
4. Kostenkalkulation und Zeitplan (Formblatt)
5. Kostendarstellung
 - a) Bei nicht öffentlichen Auftraggebern:

Die Kosten der einzelnen Leistungen sind durch Angebote zu belegen:

 - x) bei Auftragswert bis inkl. EUR 10.000,00: 2 Plausibilisierungsunterlagen
 - x) bei Auftragswert über EUR 10.000,00: 3 Plausibilisierungsunterlagen
 - b) Bei öffentlichen Auftraggebern:

Die Gesamtkosten für das Vorhaben (Gesamtwert aller zum Vorhaben gehörenden Leistungen) sind so genau wie möglich darzustellen, entweder durch eine nachvollziehbare Kostenschätzung oder durch bereits vorliegende Angebote.

Wenn für die Kosten von Leistungen vorerst sachkundige Schätzungen eingereicht werden, sind spätestens mit dem Zahlungsantrag die Plausibilisierungsunterlagen vorzulegen (durch eine sachkundige Schätzung des Auftragswertes UND einem dokumentierten Vergabeverfahren gemäß BVergG 2018 ist die Kostenplausibilisierung auch im Rahmen des

Mit Unterstützung von Land und Europäischer Union



Europäischer
Landwirtschaftsfonds für
die Entwicklung des
ländlichen Raums:
Hier investiert Europa in
die ländlichen Gebiete.



Zahlungsantrages möglich).

Auch bei Direktvergaben sind die Plausibilisierungsunterlagen spätestens mit dem Zahlungsantrag (z.B. 3 Angebote über € 10.000,00, 2 Angebote unter € 10.000,00) vorzulegen.

6. Angaben zum Bundesvergabegesetz (Formblatt Selbsterklärung)
7. Nachweis, dass die ggst. Umsetzungsmaßnahme im DE-Leitbild bzw. DE-Plan der Gemeinde enthalten ist bzw. Aktualisierung des DE-Leitbildes

Wenn zutreffend:

8. Gemeinderatsbeschluss gemäß Bgld. GemO 2003 über die Beantragung einer Projektförderung
9. Beschlussfassung des Gemeinderates / Gemeindevorstandes über die Auftragsvergaben (bei einer Kostenschätzung spätestens mit dem Zahlungsantrag)
10. Behördliche Genehmigung/en (z.B. Baugenehmigung, genehmigter Einreichplan) oder Begründung bei Nichterfordernis
11. Einreichplan für die baulichen Maßnahmen oder Grundriss-/Lageplan (z.B. Einreichplan, ...) mit der Darstellung aller Details und der Bepflanzung (z.B. Spielgeräte, Bänke, Wasserstelle, Wege, Beschattungen, Bäume, Sträucher, Hecken - es sind heimische und regional typische Gewächse zu bevorzugen)
12. Lageplan im Ortsverband (Orthofoto)
13. Nachweis über Grundstück- bzw. Immobilienverfügbarkeit (Grundbuchauszug, Mietvertrag, Pachtvertrag)
14. De-minimis-Erklärung (Formblatt)
15. Bei Vereinen:
 - a) Vereinsregisterauszug, Firmenbuchauszug
 - b) Organisationsstatuten
 - c) Unterstützungserklärung der Gemeinde
 - d) Nachweis der Eigenleistungen von ordentlichen Vereinsmitgliedern
16. Betriebswirtschaftliches Konzept (Nutzung, Einnahmen-/Erlös-/Aufwandsberechnung)

Es können bei Bedarf Unterlagennachforderungen erforderlich sein.

Informationen zur Datenschutzgrundverordnung:

<https://www.burgenland.at/themen/datenschutz/>

<https://www.ama.at/Allgemein/Datenschutzerklaerung>